

Dr. Doeblin Gesellschaft für Wirtschaftsforschung mbH

Snippet 23/01

2. Januar 2023

Bevölkerungsumfrage zur Wirtschaftskompetenz

CDU/CSU und FDP mit schwacher Wirtschaftsreputation

Bundesregierung mit verbessertem Stimmungsklima / SPD-Bundestagsfraktion profitiert vom "Genossen Trend"

Politiker: Kompetenz-Spitzenreiter Merz und Lindner / Wirtschaftsminister Habeck verliert an Wirtschaftsreputation

(Tabellarische Darstellung der Ergebnisse sowie Technische Daten s.u.)

Nach Ansicht von 29 Prozent der vom Wirtschaftsforschungsinstitut Dr. Doeblin vom 3. bis 16. Dezember 2022 befragten rund 1000 Deutschen im Alter von 16 bis 65 Jahren leistet die Bundesregierung "konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge" in der Diskussion über die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Im Juni 2022 lag die Zustimmung bei 28 Prozent. Die Ergebnisse der aktuellen Bundesregierung entsprechen denen der Vorläufer-Bundesregierungen.

Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP finden sich offensichtlich mit ihren Rollen in der Wirtschaftspolitik nach der Bundestagswahl 2021 noch nicht zurecht. Der aus der Regierung gefallene CDU/CSU-Bundestagsfraktion bestätigen nur 15 Prozent der Befragten "konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge" in der Diskussion über die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Im Juni 2021 – vor der Bundestagswahl – konnte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion immerhin noch das Lob von 22 Prozent der Bevölkerung verbuchen. Das Ansehen der Wirtschaftskompetenz der FDP-Fraktion wiederum hat vom Einstieg in die Regierung nicht profitiert. Während im Juni 2021 noch 13 Prozent der Bevölkerung der in der Opposition stehenden FDP-Fraktion relevante Beiträge zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland bestätigten, sind es für die Regierungsfraktion FDP im Dezember 2022 nur noch 11 Prozent.

Eindeutig profitiert vom Regierungswechsel hat die SPD-Bundestagsfraktion. Im Juni 2021 bestätigten nur 13 Prozent der oppositionellen SPD-Fraktion "konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge" zur Standort-Diskussion. Im Juni 2022 verbuchte die SPD-Fraktion in der Regierung einen Anstieg auf 15 Prozent; im Dezember 2022 sorgt der "Genosse Trend" für einen Anstieg auf 17 Prozent. Die Grünen legen im Zeitraum Juni 2021 bis Dezember 2022 leicht von 11 auf 13 Prozent zu, was allerdings von der Größenordnung her dem Anspruch der Grünen, die "neue Wirtschaftspartei" zu sein, nicht stützt. Einen ähnlichen Zuwachs realisiert auch die AfD-Fraktion, während Die Linke auf ohnehin niedrigem Niveau Verluste erlitt.

Geschäftsführer: Prof. Dr. Jürgen Doeblin

Amtsgericht Charlottenburg (Berlin) HRB 156417 B

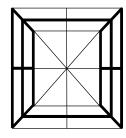
St.-Nr. 29/535/01944 Bankverbindung:

Vereinigte Raiffeisenbanken IBAN: DE82770694610006448046

BIC: GENODEF1GBF

10557 Berlin, Helgoländer Ufer 7 b

Tel. 030-58 856 710 doeblin@wp-online.de http://www.wp-online.de



Aus den Vorschlägen von Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden erkennt die Bevölkerung noch eher als bei allen Bundestagsfraktionen "konstruktive und qualifzierte Lösungsbeiträge" zur Standortdiskussion. Vor allem die IG Metall, der DGB und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) genießen – nach der Bundesregierung – relativ hohes Ansehen.

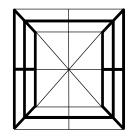
Merz und Lindner mit höchster Wirtschaftskompetenz / Habeck mit Verlusten

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz sowie Bundesfinanzminister Christian Lindner belegen im Politiker-Quervergleich der Wirtschaftskompetenz die Spitzenplätze. 28 Prozent der Bevölkerung betrachten im Dezember 2022 Merz als "ziemlich kompetent", wenn es um "Wirtschafts- und Finanzthemen geht". Lindner folgt knapp dahinter mit 27 Prozent. Bundeskanzler Olaf Scholz kann nur das Lob von 23 Prozent der Bevölkerung einheimsen – immerhin mit einem geringen Zuwachs gegenüber Juni 2022 (plus 1 Prozent).

Mit 22 Prozent erreicht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ein Ergebnis knapp hinter Scholz. Allerdings rutscht das Habeck Ansehen gegenüber Juni 2022 (29 Prozent – das damalige Spitzenergebnis) deutlich ab. Überproportionale Verluste im Halbjahresvergleich verzeichnet Habeck bei Männern sowie den Altersgruppe 45-65. Es sind die gleichen soziodemografischen Gruppen, die einen Komplettausstieg aus der Kernenergie in 2023 am deutlichsten ablehnen. (s.u. "Sonderauswertung Robert Habeck")

Alice Weidel/AfD und Sahra Wagenknecht/Die Linke teilen sich mit jeweils 16 Prozent den fünften Rang, wobei Weidels Ergebnis gegenüber Juni 2022 einen Aufstieg signalisiert (plus 3 Prozent) und Wagenknecht einen Abstieg (minus 3 Prozent). Weidel überholt mit ihrem Dezember-Ergebnis auch Bundesarbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (15 Prozent im Dezember 2022 nach 17 Prozent im Juni 2022).

Studienleiter Prof. Jürgen Doeblin: "Die Zugpferde Merz und Lindner müssen Schwerstarbeit leisten, um die magere Wirtschaftsreputation ihrer Bundestagsfraktionen zu auszugleichen. Vor allem bei der FDP-Bundestagsfraktion wirft der Gleichstand ihrer Wirtschaftskompetenz mit der der AfD Fragen auf. Die anhaltende öffentliche Diskussion über seine Rolle bei der Warburg/Cum-Ex-Aufklärung dürfte bei Bundeskanzler Olaf Scholz eine Besserbewertung verhindern. Für Robert Habeck erweist sich die Verteidigung des Komplettausstiegs aus der Kernenergie in 2023 als zunehmende Image-Belastung. Alles zusammengenommen: Die Besetzung der Wirtschaftspartei ist vakant."



Tabellarische Darstellung der Ergebnisse

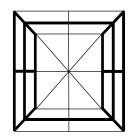
Konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland

Gegenwärtig steht die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland auf der politischen Tagesordnung. Wie schätzen Sie die Rolle wesentlicher politischer Instanzen bei der Diskussion über dieses Thema ein?

Bitte kreuzen Sie jeweils an, wo Sie meinen: diese Institution hat konstruktive und qualifizierte Lösungsbeiträge geliefert.

Bevölkerungsumfragen / Stichprobe jeweils ca. 1000 Personen 16 - 65 Jahre			
Institution bzw. Partei (Rangfolge nach Ergebnis im Dez. 2022)	Alle Werte jeweils in Prozent		
	Juni 2021 a	Juni 2022 b	Dez. 2022 b
Bundesregierung	27	28	29
IG Metall	22	22	24
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	24	24	22
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	20	20	20
Deutscher Industrie- und Handels- kammertag (DIHK)	22	19	18
Bundestagsfraktion SPD	13	15	17
Bundestagsfraktion CDU/CSU	22	13	15
Bundesvereinigung der Dt. Arbeitgeberverbände (BDA)	16	13	15
IG Bergbau, Chemie, Energie	14	11	14
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen	11	14	13
Gesamtmetall	11	10	12
Bundestagsfraktion FDP	13	9	11
Bundestagsfraktion AfD	8	7	11
Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)	11	10	11
Vereinte Dienstleistungsgewerk- schaft ver.di	9	11	10
Bundestagsfraktion Die Linke	7	4	4
Keine der Genannten	32	34	30

a = Große Koalition (Union/SPD) b = Ampel-Koalition (SPD/Grüne/FDP)

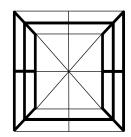


Wirtschaftskompetenz von Politikern

Bei welchen dieser Politiker meinen Sie: wenn es um Wirtschafts- und Finanzthemen geht, betrachte ich diese als ziemlich kompetent?

Bevölkerungsumfragen Stichprobe jeweils ca. 1000 Personen 16 - 65 Jahre			
Politiker (Rangfolge nach Ergebnis im Dez. 2022)	Fraktion bzw. Partei	Alle Werte jeweils in Prozent	
		Juni 2022	Dez. 2022
Friedrich Merz	CDU/CSU	27	28
Christian Lindner	FDP	27	27
Olaf Scholz	SPD	22	23
Robert Habeck	B90/Die Grünen	29	23
Alice Weidel	AfD	13	16
Sahra Wagenknecht	Die Linke	19	16
Hubertus Heil	SPD	17	15
Cem Özdemir	B90/Die Grünen	14	14
Rolf Mützenich	SPD	7	9
Malte Kaufmann	AfD	8	9
Hendrik Wüst	CDU/CSU	8	8
Dietmar Bartsch	Die Linke	8	8
Tino Chrupalla	AfD	9	8
Volker Wissing	FDP	6	7
Amira Mohamed Ali	Die Linke	7	6
Katharina Dröge	B90/Die Grünen	6	5
Reinhard Houben	FDP	4	4
Michael Grosse-Brömer	CDU/CSU	6	4
Keiner dieser Politiker		33	34

(Für jede der im Bundestag vertretenen Parteien wurden drei Politiker vorgegeben. Die Politiker konnten Mitglieder der Bundesregierung, der Bundestagsfraktionen oder der Führungsgremien der Partei sein.)



Sonderauswertung Robert Habeck

Es bezeichnen Robert Habeck als "ziemlich kompetent", wenn es "um Wirtschaftsund Finanzthemen geht":

(Alle Werte in Prozent)	Dezember	Juni
·	2022	2022
Männer	21	31
Frauen	22	27
Alter 45-54	21	35
Alter 55-65	26	41
Alle Befragte	22	29

Der Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie ist auch langfristig nicht wünschens wert, z.B. wegen der CO₂-Problematik fossiler Energieträger oder der Kostenvorteile der Kernenergie.

Es stimmen der Aussage zu:

(Alle Werte in Prozent)	Dezember
	2022
Männer	50
Frauen	37
Alter 45-54	45
Alter 55-65	53
Alle Befragte	44

Technische Erläuterungen

Methodik	Online-Umfrage bei den Mitgliedern des Bevölkerungspanels von Dynata, einem weltweit führenden Anbieter von Bevölkerungsdaten.
	Die soziodemographische Struktur der Stichprobe ent- spricht der der Bevölkerung für die Basis-Merkmale Alter (16 bis 65 Jahre), Geschlecht, Bundesland und Bildungsstand sowie anderen relevanten Merkmalen.
Zeitraum der	3. bis 16. Dezember 2022
Befragungen	15. bis 27. Juni 2022
	16. bis 25. Juni 2021
Stichprobe	Jeweils rund 1000 Befragte

Copyright für Fragestellungen: Dr. Doeblin Gesellschaft für Wirtschaftsforschung mbH 2022